

Kreisblatt des
Landkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
ämtern und Ämtern
des Kreises Vorten.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Geschäftskellern:
Bocholt, Reichsstraße
14. Fernspr.
Sammelnr. 3054.
Nieder: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolfing.
Berth: Th. Harnas.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 146

Sonntag, den 29. Mai

Jahrgang 1927

Sowjetstaat und Britenreich.

Von unserem Moskauer Sonderbericht-
erfasser.

Moskau, Ende Mai.

Da man bereits seit Tagen mit dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen rechnet, so hat man in Moskau Zeit gehabt, seine Haltung für den historischen Moment einzurichten, die darauf ausgeht, „das Gesicht zu wahren“. Ruhige, unerschütterliche Selbstbeherrschung ist es, die die Sowjetregierung vor den der Macht fernstehenden breiten Massen im Inlande und vor dem Ausland zur Schau trägt. Auch ihre Presse ergeht sich nicht in den sonst bei ähnlichen Anlässen üblichen Wutausbrüchen. Es ist alles darauf angelegt zu zeigen, daß Moskaus Position durch den englischen Vorstoß nicht ins Wanken kommen kann, und man betont, daß England mit seinem Vorgehen nicht der Sowjetunion, wohl aber dem Weltfrieden einen schweren Schaden zugefügt hat und schließt ihm die alleinige Verantwortung für die etwa daraus folgenden weiteren Ereignisse zu.

Gerade diese weiteren Folgen des Bruchs aber, die heute noch unabsehbar sind, müssen trotz aller markierten Kaltblütigkeit den lebenden Männern des Sowjetstaates doch schon jetzt die schwersten Sorgen bereiten. Sie sehen sich nun, nachdem sie den Abbruch der Beziehungen nicht haben verhindern können, vor die Frage gestellt: was will England weiter unternehmen und was kann es unternehmen? Man ist sich im Kreml durchaus im klaren darüber, daß die englische Diplomatie noch niemals auf bloße Theatereffekte hingearbeitet hat und immer Politik auf weite Sicht treibt. Das napoleonische Frankreich erfuhr die gefährliche Kraft dieser langsam aber zielbewußt arbeitenden britischen Fähigkeit, ebenso Rußland im Krim-Kriege und in neuester Zeit hat die Politik des „Einkreisens“ gezeigt, wie ernst eine solche Vorgehensweise zu sein vermag.

Einkreisung, Abgrenzung durch eine „Antisowjetfront“ das ist es ja gerade, was man in Moskau schon seit Jahren fürchtet. Die Antisowjetfront war schon lange vor dem Bruch mit England zum Bsp. geworden, der bei jeder Gelegenheit herhalten mußte, wenn es galt, die Massen um das Sowjetbanner zu scharen. Jetzt erscheint diese Gefahr natürlich viel ernster. Den Londoner Versuch der französischen Staatslenker unmittelbar vor dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen betrachtet man als ein ernstes Symptom. Man nimmt als bewiesen an, daß über ein Vorgehen gegen Moskau verhandelt worden ist und fragt sich nur, wie weit sich Frankreich dabei England gegenüber verpflichtet, welche Stellung in der „Antisowjetfront“ es dabei übernommen hat. Die Prophezeiungen der schwärzesten pessimistischen, die schon einen Abbruch der französisch-russischen Beziehungen anfangen, will man freilich noch nicht gelten lassen, aber die optimistische Auffassung des Verhältnisses zu Frankreich schwindet hin.

Wenn England mit dem Ausbau der Antisowjetfront beschäftigt ist, kommen aber nächst Frankreich vor allem Polen und Rumänien in Frage. Kann nun die Sowjetdiplomatie hier noch das Bravennote spielen und diese Staaten zur strikten Neutralität bestimmen? Hinsichtlich Rumäniens muß diese Frage wohl ohne weiteres verneint werden: solange es ein besorgniserregendes Problem gibt, wird Rumänien immer auf der Seite der Gegner Moskaus zu finden sein. Dagegen verläutelt jetzt allerlei von einer geplanten jüdischen Verständigung mit Polen. Allen auch hierbei würde die Moskauer Diplomatie auf Erfolg kaum rechnen dürfen. Seit Jahr und Tag hat man die Verhandlungen über einen Garantiepakt mit Polen immer wieder verschleppt. Es ist wenig wahrscheinlich, daß man in Warschau gerade jetzt Entgegenkommen zeigen wird, vielmehr dürfte man in dem Angebot beschleunigter Verhandlungen mehr einen durch die Furcht vor England zu erklärenden Schwachsinn sehen und sich dementsprechend fühl fühlen.

Die anderen westlichen Nachbarn der Sowjetunion, Finnland, die baltischen Staaten und Litauen werden von Moskau aus nunmehr ebenfalls mit erhöhter Wachsamkeit beobachtet werden. Die Befürchtung, daß England sich dort eine „Basis“ schaffen könnte, datiert ja in Moskau nicht erst aus neuester Zeit, ist vielmehr schon vor Jahren geäußert worden, als Gerüchte über eine Verpachtung der estländischen Insel Osel an England usw. erstmalig wieder auftauchten. Die sämtlichen Randstaaten haben ja allerdings immer wieder ihren festen Willen zu neutraler Haltung zum Ausdruck gebracht. Aber das Mißtrauen gegen englische Beeinflussung der Randstaaten wird dadurch nicht zum Schweigen gebracht, zumal die Lage dieser kleinen Staaten sich möglichst entgegenkommend zu zeigen. Sollte zudem die „Antisowjetfront“ sich wirklich einmal gegen den Sowjetbund in Bewegung setzen, so wäre den kleinen Randstaaten kaum mehr die Möglichkeit gelassen, nach Verstecken Stellung zu nehmen. Wenn man in Moskau diese ins Auge faßt, so wird man die durch die Garantiepact-Verhandlungen mit Estland und dem sich langsam fühlend entwickelnden Litauen gewonnenen

Die Uebernahme des Russenschutzes

Billigung in diplomatischen Kreisen.

× Berlin, 28. Mai. Wie die „B. Z.“ am Montag meldet, wird in Berliner diplomatischen Kreisen, auch in den Kreisen der hiesigen diplomatischen Vertretungen allgemein erkannt, daß der Entschluß des Auswärtigen Amtes, dem Bunde der Russen entsprechend, den diplomatischen Schutz in London zu übernehmen, seinerlei Option der Reichsregierung im englisch-russischen Streit bedeutet. Nach Lage der Dinge war eine Ablehnung des russischen Ersuchens unmöglich. Dazu kommt, wie in diplomatischen Kreisen ausdrücklich hervorgehoben wird, daß Deutschland ohnehin als gleichzeitiger Vertragspartner der Locarno-Verträge und des Berliner Vertrages für die Rolle des neutralen Vermittlers am geeignetsten erschien. Praktisch wird sich die Uebernahme des Schutzes der russischen Staatsangehörigen in England nur dahin auswirken, daß die deutsche Londoner Botschaft zum Mittler der Wünsche und etwaigen Beschwerden der in England lebenden russischen Staatsangehörigen wird.

Französische Verdächtigungen.

× Paris, 28. Mai. Die Uebernahme der Vertretung der russischen Interessen in England durch Deutschland veranlaßt den Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“, zu erklären, dem Reich werde es schwer fallen, im englisch-russischen Konflikt dritte Neutralität zu wahren. Der Entschluß Stresmans könne nur eine Hilfe für die Sowjets bedeuten. Wenn man jedoch in Deutschland erwarte, daß England die Vertretung seiner Interessen in Rußland ebenfalls Deutschland anvertrauen werde, so gebe man sich einer falschen Hoffnung hin. England würde sich zu diesem Schritt zum mindesten solange Rußland nicht abgedrückt habe. Im übrigen werde

„Sicherheit“ kaum sehr hoch einschätzen. Mit England gäbe sich die Verhandlungen immer noch hin, und Finnland, das sie verweigert hat, empfängt in diesem Sommer den Besuch eines englischen Gesandten. Was dieser auch lange vor dem englisch-russischen Bruch vereinbart gewesen sein, jedenfalls wird das Eintreffen englischer Kriegsschiffe im finnischen Meerbusen jetzt in Sowjetrußland ohne Zweifel starke Erregung hervorrufen. Was nun die Moskauer Erwartungen hinsichtlich Deutschlands betrifft, so gibt die durch das englische Vorgehen entstandene Situation auch hier zu erneuten Befürchtungen Anlaß, wie solche ja auch früher immer wieder in der Presse geäußert worden sind. Zwar zieht man Deutschlands durch den Berliner Vertrag und durch die wiederholten kategorischen Erklärungen seiner Staatsmänner befristete Neutralität in Betracht, hegt aber doch die Befürchtung, daß bei weiterer Verschärfung der europäischen Lage Deutschland einem sehr starken Druck der Westmächte ausgelegt sein würde.

Die Taktik der Sowjetregierung gegenüber diesen mit mehr oder weniger Grund vermuteten Plänen Englands wird sehr erschwert durch den Mangel an entsprechenden Mitteln. Die als notwendig erkannte Abwehr auf der ganzen Linie durchzuführen, ist in der Praxis kaum möglich. Die bereits bekannt gemachten wirtschaftlichen „Repressalien“ können den Gegner nur wenig schädigen. Was die Gegenpropaganda anlangt, die nun gegen den Ausbau der Antisowjetfront einzuwirken müßte, so ist ihre Wirksamkeit nicht viel versprechend. Dazu kommt, daß die Sowjetregierung offensichtlich eine weitere Verschärfung des Konfliktes nicht wünscht und auch jetzt die Friedensliebe der Sowjetunion betont. Aus dem Gefühl der Isoliertheit und der Furcht vor fortschreitender Einkreisung und Bedrohung kann sich aber eine psychologische Situation ergeben, die auch in dieser Hinsicht wachsende Gefahrenmomente in sich schließt. Es wird daher für die weitere Zukunft die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen nicht aus dem Auge gelassen. Dafür ist es bezeichnend, daß auch die Note Nr. 10 ihre Forderungen lauter als sonst erhebt und durch ihren Oberbefehlshaber Woroschilow und durch das Armeeblatt „Krasnaja Swesda“ ihre „Erdbeberkraft“ zur Verteidigung des Sowjetstaates aufs neue verklären läßt. Ihre Stunde ist noch nicht gekommen, noch wollen die Politiker eine Kriegsmöglichkeit erst in weiter Ferne sehen. Beide Parteien beginnen zunächst, ihre Minen und Gegenminen in der Stille zu legen.

Rußland und die Weltwirtschaft.

× Genf, 27. Mai. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas behandelt in seinem Jahresbericht außerordentlich eingehend auch die russische Frage. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß Sowjetrußland unter der Einwirkung brüderlicher und unwillkürlicher Bedürfnisse in nächster Zukunft sich all den Weltverflechtungen anschließen werden, die darauf gerichtet sind, die Gemeinschaft der Völker auf neuen Grundfesten zu organisieren. Die langsame, aber sichere Umwandlung der inneren wirtschaftlichen

es den deutschen Kaufleuten bald klar werden, daß die Haltung Englands gegenüber Rußland die wirtschaftlichen Verhandlungen aller anderen Länder mit Rußland stark beeinflussen werde.

Die Londoner Sowjetvertreter als Gäste der Arbeiterpartei.

× London, 28. Mai. Beträchtliches Aufsehen erregt in der Presse die Tatsache, daß eine Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterpartei und Gewerkschaftsführern dem russischen Gesandten in London, dem Leiter der Handelsdelegation Rintschuk und dem ersten Sekretär der Sowjetmission im Unterhaus gestern ein Abschiedsfrühstück gab, das „Daily Telegraph“ in einem Leitartikel „eine überlegte, aber charakteristische Handlung“ gegenüber der britischen Regierung bezeichnet hat. „Daily Mail“ zufolge hat es Mac Donals abgelehnt, an dem Frühstück teilzunehmen.

„Daily Herald“ gibt den Inhalt der Rede, die Rintschuk aus dem Munde von Mitgliedern der Arbeiterpartei und Gewerkschaftsführern ihm zu Ehren gehalten hat, wieder. Er betonte, daß die Unschicklichkeit des Verweises auf Grund dessen die britische Regierung behandelt habe und sagte, an oberen Stellen habe Leichtgläubigkeit geherrscht, an unteren Stellen aber seien verbrecherische Handlungen begangen worden. Die Gefahr eines neuen Krieges sei niemals so groß gewesen, wie augenblicklich.

Der Sowjetvertreter verläßt Kanada.

× Ottawa, 28. Mai. Der Sowjetbotschafter in Kanada ist angewiesen worden, die Sowjetmission zu verlassen und sofort nach Rußland zurückzukehren.

Verhältnisse wird Sowjetrußland dazu zwingen, immer mehr tätigen Anteil am internationalen Leben zu nehmen. Von der Lösung der Kapitalfrage hinge nach Meinung maßgebender Sowjetkreise die Lösung aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme ab, die sich in den nächsten Jahren in Sowjetrußland geltend machen werden. So sei die Krise der gesamten russischen Volkswirtschaft tatsächlich eng mit den Problemen der Beziehungen Rußlands zur Weltwirtschaft verflochten. Rußland werde also in seinem eigenen Interesse genötigt sein, mehr Anteil an der Weltwirtschaft zu nehmen. Wir glauben zu erkennen, heißt es in dem Bericht, daß unter der Oberfläche revolutionärer Phrasologie die Erkenntnis von der praktischen Notwendigkeit und opportunistischen Politik in Sowjetrußland fortsetzt.

Englands Außenpolitik und Wirtschaft.

Von einem Londoner Mitarbeiter.

× London, 28. Mai. Als im November 1924 das Kabinett Stanley Baldwin, getragen von einer in den Annalen der englischen Parlamentsgeschichte unerbört starken Mehrheit, seine Tätigkeit begann, wagte ich die Vorherfrage, daß die konservative Regierung an ihrer auswärtigen Politik festhalten werde. Was die konservative Mehrheit auch in allen auswärtigen Fragen und namentlich im Streit mit Moskau ihren Stanley Baldwin und seine Mitarbeiter durch Abstimmungen und Vertrauensstimmungen vor der Welt unterstützen — der englische konservative Wähler — das heißt, der englische Bürger, der 1924 konservativ gewählt hat — ist nicht mit dem Herzen dabei. Und das aus Gründen der auswärtigen Politik, die von ihm oder wenigstens von seiner überwiegenden Mehrheit heute mißbilligt wird.

Die Zeit, da man den Engländer mit „Prestige“ füttern konnte, ist vorüber. Die englischen Staatsmänner, die noch an den Vorrang des Staatsinteresses vor dem Wirtschaftsinteresse glauben, befinden sich im Irrtum über die Stimmung des englischen Bürgers. Man hat im November 1924 konservativ gewählt, weil man glaubte, die Belange der englischen Wirtschaft seien bei einer konservativen Regierung, an deren Spitze ein praktischer Industrieller stehe — Stanley Baldwin besitzt große Stahlwerke — ausgezeichnet aufgehoben. Gerade die Kränkung der wirtschaftlichen Belange durch die vertehrte Außenpolitik gegenüber Belgien und Moskau wendet die Herzen von den Konservativen ab. In China hat diese Politik den Verlust der englischen Industriefabriken zutage gebracht, eine Sperre, die weit wirkungsvoller und andauernder ist, als die Kontinentalperre Napoleons I. es jemals war. Durch die Politik gegenüber Moskau bringt man es fertig, England auch den russischen Absatzmarkt zu verschließen. China und die Sowjet-Republik sind Länder, deren Einwohner, wenn man sie gut behandelt, ungeheuer viel englische Waren aufnehmen können, die aber auch andererseits geizig sind, daß sie die Kraft des Entschlusses in einem Maße besitzen, wie sie ganz besonders dem Engländer nicht eigen ist. Die neueste englische Politik gegenüber Moskau geht mit einer wahr-

haft kindlichen Unverstehenheit, wie sie eben nur englischen Hochtours eigen ist, über die wirtschaftlichen Fragen hinweg.

Die englische Regierung wirft der Sowjetregierung kommunistische Verhetzung vor. Für einen solchen Vorwurf läßt sich gewiß aus dem Material, das man in den beschlagnahmten Papieren der Arcos-Gesellschaft gefunden hat, mancher Beweis beibringen. Aber der Irrtum des konservativen Kabinetts ist eben, daß man den Kommunismus — oder überhaupt irgend einen Gedanken — durch Verbot der Verbetätigung bekämpfen könne. Ein solcher Versuch hat sich bisher immer als ohnmächtig erwiesen. Man war wenigstens in England bereits so weit gelangt, daß man unter dem Regiment der liberalen Partei die Abweisung aller solchen Verurteilungen begriffen und auf sie verzichtet hatte. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind gut gewesen. Der englische Sozialismus entwickelte sich zu einer reformistischen Arbeiterpartei und erst, als die Konservativen vor gewissen Theorien und Nebenarten des linken Flügels der Arbeiterpartei es mit der Angst bekamen und die freie Erörterung unterbanden, entwickelte sich der geheime Kommunismus, der nun wirklich umso mehr eine Gefahr für den Staat wird, je sorgfältiger man versucht, ihm den Mund zu verbinden. Das sicherste Mittel, das Vordringen und Eindringen staatsgefährdlicher Gedanken zu verhindern, ist eben die Zulassung unbefristeter Erörterung Abweichung von diesem bewährten Grundgesetz englischer Staatskunst hat das konservative Kabinett auf die Bahn einer falschen Außenpolitik gelenkt.

Wenn Moskau nun wirklich, wie die Sowjetpresse sich burschlos ausdrückt, „in einen anderen Laden geht“ oder wenigstens im Londoner Laden nichts mehr kauft, so wird sich das in der englischen Wirtschaft so schwer fühlbar machen, daß man den Politikern, die eine andere auswärtige Politik versprechen, bei den nächsten Wahlen gering folgen wird. Möglicherweise wird diese noch vor dem Herbst erleben werden. Denn Stanley Baldwin, der Mann, um lange gegen die Volkswirtschaft zu kämpfen, hat die Macht verloren. Die Besatzungsarmee würde auch die heutige konservative Unterhausmehrheit nicht ertragen. Einsätze, die man im Ausland, namentlich in Deutschland, noch auf das konservative Pferd machen wollte, dürften verloren sein.

Deutsch-französisches Abkommen über Grenzbahnhöfe.

× Berlin, 28. Mai. Reichsminister Dr. Stresemann hat der „Täglichen Rundschau“ zufolge, dem Reichstag ein Abkommen zwischen dem deutschen Reich und Frankreich über die Einrichtung der Grenzbahnhöfe zugeteilt. Für die Grenzbahnhöfe und Preußen bleibt es bei dem alten System getrennter Bahnhöfe auf deutschem und französischem Gebiet. Hinsichtlich der Rheingrenze waren die im Verfallenen Vertrag angeordneten Bestimmungen maßgebend, daß hier die Grenzbahnhöfe auf dem rechten Rheinufer einzurichten sind. Die auf deutschem Boden tätigen Beamten unterstehen den deutschen Straßengesetzen und Polizeivorschriften und der deutschen Gerichtsbarkeit. Auch hat sich die französische Regierung verpflichtet, solche Beamten zu versetzen, deren Verhalten den deutschen Behörden Anlaß zu berechtigten Beschwerden gibt. Das Abkommen ist auf 5 Jahre abgeschlossen.

Der Bericht des Generals v. Pawelsky.

× Berlin, 28. Mai. General v. Pawelsky hat laut „Total-Anzeiger“ der Reichsregierung einen kurzen Bericht über die Verfassung der Unterstände in Ostdeutschland vorgelegt. Ein ausführlicher Bericht wird dem Reichskabinett erst Anfang Juni zugehen.

Schwere Niederlage der Kantontuppen.

× London, 27. Mai. Der amtliche englische Funddienst bestätigt die Meldungen über eine schwere Niederlage der Kantontuppen in der Provinz Honan. Die acht Arme der Kantontuppen soll dabei völlig aufgerieben worden sein. Vorordn soll mit sieben anderen Russen heute morgen sich aus Hankau auf das südliche Flußufer begeben haben. Es verlautet aus nicht amtlicher Quelle, daß zwischen der Hankauer Regierung und Tschangkaifeng ein Einvernehmen erzielt worden sei.

Britische Polizeimaßnahmen gegen Kommunisten in Hongkong.

× Hongkong, 28. Mai. Infolge der dauernden Unruhen der Kommunisten gegen Gesetz und Ordnung besetzte die Polizei das Hauptquartier der hiesigen Ortsgruppe der Kantoner Seemannsverbände. Im Anschluß daran ordnete die Regierung die Schließung der Büros des Verbandes an.

le die zu der von der
gemeldet worden hat
einer neuen Einrich-
den und Kindern zur
herabsetzung, zur Auf-
von Pulver; die
os-Küchenmotor mit
Küchenmaschinen.
tliche Maschinen-In-
Ausstellung der D. Z.
hättig vertreten sein.
n sich wie alljährlich
Jahre einen
Ausstellung bildet. In
Kochhaus haben die
gisch-Ausstellungs-
tele-Erzeugnisse reich-
und. Es war in Fach-
elewerke den Bau von
e aufnehmen wollten,
diesem Jahre auf der
elmaschine Wir ha-
bauten sowohl in Gü-
schführen wodurch in
meiner neuer Arbeits-
Erste
Mode
FF
Mallamander
billig
wenn Sie einen
gekauft und gepul-
eignet in sich höchsten
Qualität mit hoch-
schmuck.
im Preis
deutlich
ig.
entaler
Geschmack.
einkaufshandlungen.
abrikanten
edemann,
Allgäu
Stellmacher-
Gefelle
mit guten Zeugnissen, 19
Jahre alt, 1927 Stelle
für weiteren Ausbildung.
Offerten unter 60 an
die Borkener Zeitung in
Borken. 1927/28

Der Machtwille der Sozialdemokratie.

Der letzte Verhandlungstag des sozialdemokratischen Parteitag ist politisch gesehen von einer außerordentlichen großen Bedeutung. Dieser Parteitag war insbesondere feierlich von den Erörterungen, die seit Wochen schon innerhalb der sozialdemokratischen Partei und auch der sozialdemokratischen Presse über die Taktik der Sozialdemokratie geführt worden. Durch eine so führende Persönlichkeit wie den Reichspräsidenten Ebert ist unter Hinweis darauf, daß nicht mehr die politischen, sondern die sozialen Fragen denmachend im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen werden, eine Milderung der Sozialdemokratie in die Opposition empfohlen worden. Dieser Meinung standen die Auffassungen anderer führender Persönlichkeiten der Sozialdemokratie insbesondere des früheren Innenministers Severing entgegen. Das Ergebnis der Verhandlungen der Sozialdemokratie ist nun eine vollständige Niederlage der radikalen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie. Man hat in Kiel im Gegensatz zu Ebert die Formel geprägt: Durch die Eroberung der Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus. Als Sprecher der sozialdemokratischen Parteivorstände hatte Hilferding, der ehemalige Finanzminister, die Aufgabe, die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb der Reichspolitik und des Reichstages zu kennzeichnen. Er sagte nach der grundsätzlichen Seite folgendes:

„Jeder Staat muß regiert werden. Wenn wir erklären, grundsätzlich nicht mitzuregieren, erzwingen wir eine Regierung gegen die Sozialdemokratie. Dann entsteht ein Zentrum, das die Verantwortung für die Regierung und die Verantwortung der Staatsmacht auf sich nimmt. Die Sozialdemokratie ist eine unentbehrliche Bestandteil des Staates; das dürfen wir nicht erklären, daß wir unter keinen Umständen ein unentbehrliches Element des Staates sein wollen. Wir haben keinen Grund, die Verantwortung der Regierung zu übernehmen und damit das Spiel unserer Gegner zu spielen. Wir haben keinen Grund, die Verantwortung der Regierung zu übernehmen, die die Sozialdemokratie in der Partei. In der Koalitionsfrage aber eine Frage der Taktik. Man muß sich alle die freigelegte Beweglichkeit der Taktik reservieren.“

Der Antrag, der von der Gruppe Kaufhäuser-Zorn-Sender gestellt war, der besagte, die Partei müsse nicht sein: „Sie republikanisch, die monarchistisch“, sondern „Sie sozialistisch, die kapitalistisch“ und der sich gegen die Koalition wendet und den Kampf zur Erhaltung der Republik erst in zweite Linie stellt, wurde von Hilferding bekämpft und auch von dem Parteitag abgelehnt. Daraus ergibt sich, daß die Sozialdemokratie sich nicht isolieren lassen will, und daß sie im Reich mit aller Kraft nach der Macht strebt. Das hat auch Hilferding nachdrücklich ausgesprochen, indem er manchen Kreisen in Sachsen sagte, sie scheinen den Sturz der preussischen Regierung für das Wichtigste zu halten, das Wichtigste sei aber, die Reichsregierung im Reich zu stützen.

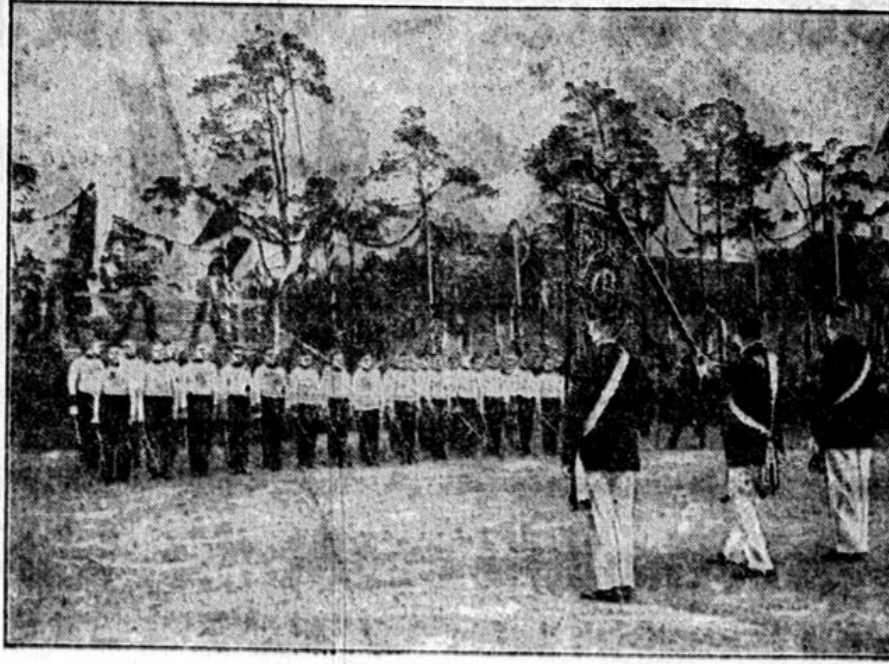
Der Machtwille der Sozialdemokratie kam auch noch klar in der Rede Severings zum Ausdruck. Er unterstrich das Wort des Ministerpräsidenten Braun, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Regierung übernehmen würde. Das würde erst geschehen können, wenn bei den nächsten Wahlen diese Koalition zugrunde ginge. Bei dieser Gelegenheit sprach Severing auch aus, daß eine grundsätzliche und freiwillige Opposition praktisch nichts anderes als Passivität wäre. Severing sagte in einem Schlusswort noch gegenüber Anträgen aus Berlin, Sachsen und Siedlitz, in denen vom Parteitag eine besondere Parteiarbeit gegen das Zentrum gefordert wird, folgendes: „Kämpft ihr gegen Kommunisten und Deutschnationale, die paar Zentrumstimmen, die es da gibt, halt ihr noch später!“ Diese Worte verdienen höchste Beachtung. Sie zeigen, daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Rechte letzten Endes auch ein Kampf gegen das Zentrum ist, auf das sich noch gewisse Hoffnungen genommen wird. Es geht der Sozialdemokratie um ganze. Die Ausrichtung der sozialistischen Staats ist das gemeinsame Ziel der sozialistischen und der sozialistischen Richtung. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Taktik. Klar ist auch auf dem Kieler Parteitag zu Tage getreten, daß der Zentralismus der der christlichen Gewerkschaftsbewegung die zukünftige Verbesserung der Sozialdemokratie gelten wird. Daher wird man auf Seiten des Zentrums auf die Sozialdemokratie ein nicht minder wachsam Auge zu richten haben wie auf die sozialreaktionären Kreise, die auf der Rechten von einem nicht geringeren Machtwille erfüllt sind, als er auf dem Kieler Parteitag zu Tage getreten ist.

Der neue spanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

(Berlin, 28. Mai. Der Herr Reichspräsident hat heute in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, den neuernannten spanischen Botschafter, Herrn Dr. Fernando Espinosa de los Monteros, in der Audienz empfangen. Der Botschafter wies in seiner, in deutscher Sprache gehaltenen Ansprache u. a. darauf hin, daß er seine berufliche Laufbahn in Spanien begonnen habe und daß ihm deshalb die Wiederkehr nach Berlin, das er als Mittelpunkt der Wissenschaft und der Arbeit kennen und schätzen gelernt habe, besonders begrüßenswert gewesen sei. Wie sein Vorgänger im Amt, werde er bemüht sein, dazu beizutragen, die herkömmlichen Bande der Freundschaft zwischen Spanien und Deutschland, wenn überhaupt möglich, noch enger zu ziehen und zu festigen.

Der Herr Reichspräsident gedachte in seiner Erwiderung zunächst der jahrelangen außerordentlich erfolgreichen Tätigkeit des Vorgängers des Herrn Botschafters und führte u. a. noch weiterhin aus: Auch die zwischen Deutschland und Spanien bestehende, auch in schweren Zeiten erprobten Freundschaft und die Entwicklung und Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Völkern, das sei ihm ein Anliegen, das er mit dem deutschen Volk, das für das gute spanische Volk und seinen erhabenen Herrscher die aufrichtigsten Gefühle der Freundschaft, sowie für die reich- und kulturreiche spanische Völkung teilt, teilt.

Die Grundsteinlegung der Deutschen Turnschule.



Die Grundsteinlegung zur Deutschen Turnschule fand in Gegenwart des Reichspräsidenten statt. Das Gebäude erhält seinen Platz im Deutschen Sportforum in Berlin.

An den Empfang schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichspräsidenten die Mitglieder der spanischen Botschaft vorstellte.

Deutsches Reich.

Die deutsch-rumänischen Anleiheverhandlungen.

X Berlin, 27. Mai. Der ehemalige rumänische Finanzminister Sepadatu ist heute vormittag in Anleihenverhandlungen in Berlin eingetroffen.

Immer neue Ausschüsse aus der R. V. D.

O Berlin, 28. Mai. Die kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg schloß laut „Roter Fahne“ 34 Parteimitglieder, darunter auch den preussischen Kandidatenabgeordneten Gustav Müller wegen parteiunwürdigen Verhaltens und unzulässiger Verleumdungen parteiunfähig aus der Partei aus.

Dr. Stresemann in Tübingen.

Stuttgart, 27. Mai. Reichsaussenminister Dr. Stresemann begab sich heute vormittag von Stuttgart nach Tübingen, wo er in einer Versammlung der Hochschulleitung vor der Studentenschaft sprach.

Kleine Auslandsnachrichten.

Zur Minderheitschulfrage in Ostoberschlesien.

A Benthien, 27. Mai. Der schweizer Schulmann Mauer hatte am Mittwoch vom ersten Mal in Benthien deutsche Kinder einer Prüfung unterzogen. Es wurden von 24 Prüflingen nur 4 für die deutsche Minderheitschule qualifiziert befunden.

Abreise aus Paris.

Paris, 28. Mai. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird heute von Paris nach Berlin zurückkehren. Er wird von seiner Abreise nach Wien einige Tage in Frankfurt am Main Aufenthalt nehmen.

Drei italienische Kommunisten in Lyon verhaftet.

Paris, 28. Mai. In Lyon wurden drei italienische Kommunisten verhaftet, weil sie die Theateraufführung, die die italienische Kolonisten in Erinnerung an den Kriegseinsatz Italiens veranstalteten, störten. Während der Vorstellung drangen vier Kommunisten in den vorgehaltenen Nebelraum in der Theaterdirektion ein und verlegten durch mehrere Schüsse den Sekretär. Die verhafteten drei Kommunisten erklären, nicht geschossen zu haben.

Antibritische Stellungnahme der ägyptischen Kammer.

(London, 27. Mai. Aus Kairo wird gemeldet, daß in der ägyptischen Kammer eine Debatte über den kürzlich erfolgten Besuch des Oberkommissars Lord Lloyd in Minia (Oberägypten) stattgefunden hat. Die Stimmung war, laut „Times“, ausgesprochen antibritisch. Die Redner bezeichneten den Besuch als Verletzung der Unabhängigkeit Ägyptens und der nationalen Würde. Die gegen England gerichteten Äußerungen fanden schärfsten Beifall. Eine Entschließung, in der die Kammer, die an dem Empfang Lord Lloyds teilnahm, getadelt werden, wurde einstimmig angenommen.

Dreimächte-Konferenz am 20. Juni.

Washington, 26. Mai. Das Staatsdepartement gab bekannt, daß die Dreimächte-Konferenz, die über die weitere Einschränkung der Rüstungen zur See beraten soll, am 20. Juni in Genf eröffnet wird.

Dreimächtevertrag zwischen Salvador, Guatemala und Honduras.

Newport, 27. Mai. Nach einer Meldung der Associated Press aus San Salvador unterzeichneten die Regierungen von Salvador, Guatemala und Honduras in einer Konferenz der drei Außenminister einen Dreimächtevertrag, in dem sie sich verpflichteten, zu allen Zentralamerika betreffenden Angelegenheiten gemeinsam Stellung zu nehmen. Die Außenminister vereinbarten regelmäßige Besprechungen. Die nächste wird im Dezember in der Stadt Guatemala stattfinden.

Sugambria-Fena.

Eine Erinnerung an akademische Intoleranz.

Die katholische Akademikerchaft bezieht in der Woche nach Pfingsten mit dem 25jährigen Stiftungsfest der Sugambria-Fena die Erinnerung an harte Kämpfe um ihre Gleichberechtigung im Staat. Die katholische deutsche Studentenverbindung Sugambria-Fena wurde am 30. Mai 1902 gegründet. Sie bekennt ihre Grundfänge nach außen hin durch das violett-goldene Band und den violetten Stürmer, der zum erstenmal am 11. Februar 1903 in den Straßen Jena's getragen wurde. Diese Aufgabe, daß junge Akademiker Jena offen und frei für die Grundfragen der katholischen Kirche bekämpfen, galt in den Augen Andersdenkender als sehr etwas Ungehöriges, daß alsbald von allen Seiten ein scharfer Kampf gegen die katholische Korporation einsetzte. Die Vorgänge am 11. Februar 1904 zeigten, daß die Jenaer akademische Jugend sich nicht scheute, die katholische Korporation zu bekämpfen. Am 17. Februar 1904, unter dem Namen Jenaer Studenten auf Wagen einen Umzug in Jena, der der Verdrängung der katholischen Akademiker dienen sollte. In Minderheitsverhältnissen führten sie einher, angehen mit den Insignien der

Sugambria, dem violett-goldenen Band und dem violetten Stürmer. Der Kampf gegen Sugambria wurde auf die Straße getragen. Die Reihe der Sugambria im Paradies wurde gestürzt und demoliert. Den Mitgliedern der Sugambria wurde der Verstoß erklärt. Graf Hoesbroeck, der Ex-Präsident, hielt in einer großen Massenversammlung eine Sanktionsrede gegen Sugambria und das katholische Studentenbündnis. Der Senat der Universität verbot, anstalt daß er gegen diejenigen einsetzte, die sich an fremdem Eigentum vergreifen. Am 13. März 1904 wurde Sugambria das Tragen ihrer Farben verboten. Die „Tägliche Rundschau“, „Der Tag“, „Die Wartburg“, die „Leipziger Nachrichten“, die „Deutsche Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und die gesamte Presse gleicher Richtung trafen in den Kampf gegen Sugambria und das katholische Studentenbündnis ein.

In den Parlamenten wurde die Frage der Gleichberechtigung der katholischen Akademiker in langen Debatten behandelt. Als am 23. Februar 1905 der Reichstag in Berlin zusammentrat, erklärte: „An sich bilden konfessionelle Verbindungen an Hochschulen eine unerfreuliche Erscheinung. Bravo! Sehr richtig! links u. rechts.“ aus Gründen, die ich nicht erörtern will.“ nahm sich insbesondere der Abgeordnete Geheimrat Dr. Borch der Sache der katholischen Akademiker an. u. antwortete: „Der Herr Reichsaussenminister hat gemeint, er betrachte diese konfessionellen Korporationen als eine unerfreuliche Erscheinung. Er hat uns neulich schon gesagt, er betrachte sie als eine nicht erfreuliche Erscheinung. Wir erachten diese Korporationen als eine im höchsten Maße unerfreuliche, unterstützungswürdige und unterstützungsbedürftige Erscheinung.“

Diese Zurücksetzung der Sugambria ging weiter, aber ihre Mitglieder ließen sich nicht einschüchtern. Sie hielten Stand im Kampfe um ihr gutes Recht. In den folgenden Jahren wurden alle Gesetze, die den Senat um Gleichberechtigung mit anderen Studentenverbindungen, die der Jenaer Studenten bezeichnen ein Aufnahmeverbot der Sugambria als eine Befristung. Noch gegen Ende des Weltkrieges, am 5. November 1918, wurde ein Gesetz der Sugambria um Aufhebung des Farbenverbots vom Senat abgelehnt, obwohl man hätte annehmen sollen, daß der gemeinsame Kampf der Sugambria an der Front des Weltkrieges die Gemüter hätte umstimmen sollen.

Erst am 18. Dez. 1918 erfolgte die Aufhebung des Farbenverbots. Es handelte sich nicht um die Gleichberechtigung der Jenaer Studenten, sondern um die Gleichberechtigung der Jenaer Studenten mit anderen Studentenverbindungen, die der Jenaer Studenten bezeichnen ein Aufnahmeverbot der Sugambria als eine Befristung. Noch im Januar 1927 führte die Jenaer Studentenverbindung gegen, daß die Sugambria anlässlich der Reichsgründungsfeier im Festsaal der Universität darlegte.

Der Kampf der Sugambria um ihr gleiches Recht im Staat ist ein Symbol. Es handelt sich nicht um vorübergehende Erscheinungen, es handelt sich um die Frage der Gleichberechtigung des katholischen Akademikers im Staat. Diese Gleichberechtigung bestand früher nicht. Der katholische Akademiker war in Verwaltung und Armee zurückgesetzt. Katholiken in leitenden Positionen der Regierungen waren Ausnahmefälle. Die Zeiten haben sich geändert. Heute stehen auch den katholischen Akademikern die Wege ins öffentliche Leben offen.

Das katholische Deutschland kann mit Stolz auf den 25jährigen Kampf der Sugambria zurückblicken. Junge Männer haben sich um ihr Banner geschart, die trotz aller Hindernisse und Verleumdungen nicht ablassen ihren Grundfragen treu zu bleiben, und die Persönlichkeiten heranzubilden, die in der Lage sind, offen und frei ihre Grundfragen zu bekennen, die aber auch verlangen wollen, daß sie bei den Führern des Staates Gleichberechtigung finden.

Dr. Höffe als Beamter.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 28. Mai. (Draht.)

Im Barmatprozeß wurden am Freitag die beiden nächsten Mitarbeiter des Reichspostministers Dr. Höffe Staatssekretär Sauter und Ministerialdirektor Flaudé über die Verantwortlichkeit und die Gehaltsverhältnisse der Mitarbeiter. Staatssekretär Sauter schilderte Höffe als einen gutmütigen, jedoch leicht beeinflussbaren Mann, der den Willen gezeigt habe, sich in sein Amt einzuarbeiten. Nach anfänglicher Unsicherheit habe bei dem Minister Höffe nach und nach eine gewisse Großartigkeit in der Behandlung aller Fragen Platz gefunden. Er sei allmählich in der Lage gekommen, sich selbständig zu betätigen, weil er nach Annahme des Postministeriums von allen Seiten wegen der Herabsetzung von Postrechten angegangen worden sei. Im Sommer 1924 seien dann die ersten dunklen Gerüchte über Geldangelegenheiten des Ministers aufgetaucht. Auf Veranlassung von Staatssekretär Sauter habe er (der Herr Höffe) im September mit Höffe wegen dieser Gerüchte Rücksprache genommen. Dr. Höffe habe sich dabei auf seine Stellung als Parlamentarier berufen, der gewohnt sei, in aller Öffentlichkeit herzutreten zu werden. Aus diesem Grunde würde er es auch ablehnen, dem Wunsch der Beamtenschaft auf öffentliche Anklage gegen die Verleumdungen zu folgen. Er (der Staatssekretär) habe es nicht für anständig gehalten, als Untergeordneter die Anklage seines Ministers über die Geldgeschäfte und die Kosten des Hausbaues nachzuprüfen. Eine längere Untersuchung des Dienstes inmers für Dr. Höffe, für die ursprünglich 5000 Mark veranschlagt waren, die dann aber schließlich 17000 Mark gekostet habe. Dr. Höffe habe das Dienstzimmer mit der einfachen Einrichtung des

verstorbenen Postministers Stephan nicht mehr genügt, er wolle auch nicht Beamter, sondern nur Parlamentarier sein.

Der bairische Oberpostsekretär Geiger befandete, daß er seinem Studienfreund Dr. Höffe mehrmals 1924 und 1925 sehr lebhaft Vorstellungen wegen der Gerüchte über die Geldgeschäfte für den Hausbau gemacht habe. Im Januar 1925 habe ihm Höffe von einem angeblichen Kursgewinn von 60000 Mark bei der Wertbaurbank erzählt. Ihm (dem Geiger) sei aufgefallen, daß ein Minister, der kein Vermögen gehabt habe, sich eine Villa habe bauen lassen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam dann noch ein Plan zur Sprache, den Dr. Höffe im September 1924 hatte. Er wollte ein Abkommen zwischen der englischen und deutschen Post über das gegenseitige Abrechnungsverfahren herbeiführen und zwar sollte die Wertbaurbank Barmaas die Stelle sein, über welche die Abrechnungen geleitet würden. Obgleich Höffe von seinem zuständigen Referenten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dieser Plan Nachteile für die Reichspost herbeiführen würde, gab Dr. Höffe Julius Barmaas eine Empfehlung, mit der Barmaas nach London reiste, um mit dem englischen Postministerium zu verhandeln. Ministerialdirektor Sauter vom Reichspostministerium erklärte als Zeuge, daß Höffe unter keinen Umständen in dieser Angelegenheit selbständig hätte vorgehen dürfen. Er hätte einen Auftrag vom Ministerium haben müssen.

Am 1. Juni werden im Barmatprozeß eine Reihe früherer Minister u. a. der frühere Reichskanzler Dr. Luder, der Minister Dames und Gleditsch sowie der jetzige Reichspostminister Schödl als Zeugen vernommen werden.

Von Nah und Fern.

Unterbringung bei einer Berliner Bank.

V Berlin, 28. Mai. Bei einer Berliner Bank im Zentrum der Stadt hat ein 30jähriger Rastler, namens Hermann Richter, 60 000 Mark untergebracht. Gegen Richter, der nach der Meldung eines Blattes geflüchtet sein soll, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Die Vorgänge bei der Wochenend-Lotterie.

X Berlin, 27. Mai. Die Zeitung der Berliner Ausziehung in „Das Wochenende“ zu den Vorwürfen der „Vossischen Zeitung“ mitleid, wurde in der heute in Anwesenheit der Ausziehungskommissionen Ausziehung zwischen dem hiesigen Lotteriekollegium und der Druckerei über die Vorgänge, die vorgefallen zur vorübergehenden Vertriebsunterbrechung der Wochenend-Lotterie geführt haben, festgestellt, daß ein vorläufiges Verbot der Ausziehungsverhältnisse nicht bestanden habe.

Zwei Tote bei einem Autounfall.

X Mannheim, 27. Mai. Bei Seckenheim wurde ein junger Mann mit seiner Frau, als sie einem Auto ausweichen wollten, überfahren. Beide waren sofort tot. Ein Motorradfahrer trägt die Schuld an dem Unfall, da er die rechte Fahrseite nicht eingehalten hat.

Dr. Luder im Vorstand des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge.

+ München, 27. Mai. Auf der in München tagenden Versammlung des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge wurde die Mitteilung mit Beifall aufgenommen, daß der frühere Reichskanzler Dr. Luder sich bereit erklärt habe, die Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes zu übernehmen.

Selbstmord eines Dresdener Bankiers.

(Dresden, 27. Mai. Der im Volksopfer-Prozeß Richter und Richter verurteilte Bankier Oskar Seemann hat sich erschossen. Aufgefunden wurde er in seinem Zimmer in der Zoo-Gasse.

Streikunruhen im Dombrowaer Kohlengebiet.

X Katowitz, 26. Mai. Am Mittwoch kam es in Dombrowa an verschiedenen Stellen zu Ausfaltungen seitens der streikenden Metallarbeiter, sodaß die Polizei eingriff. Es wurden mehrere Arbeiter und Polizeibeamte verletzt. Einige Personen wurden verhaftet.

Theaterland in Graz.

Wien, 27. Mai. Die geführte Aufführung des Sommertheaters im Grazer Stadttheater mußte wegen Lärmender Rundgebungen von völliger Seite gegen den Regisseur Marholm vom Hoftheater Kammertheater, dem vorgeworfen wird, ein schwebendes Abgelenker zu sein, abgebrochen werden. Nach der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ hat die Direktion des Grazer Stadttheaters wegen der über die Person Marholm umfahrenden Gerüchte veranlaßt, auf seine weitere Tätigkeit in Graz zu verzichten. Marholm sei bereits aus Graz abgereist.

Urteil wegen eines Mordes auf deutsche Abgeordnete Südlawens.

Belgrad, 27. Mai. Die Urheber des Mordes auf die Führer der deutschen Partei Südlawens, die Abgeordneten Dr. Kraft und Dr. Kraft, die während des Wahlkampfes 1925 in der schwedischen Gemeinde Sitava von einer bewaffneten Horde überfallen und schwer verletzt worden waren, wurden gestern zu 2-4 Monaten Kerker verurteilt.

Bootsunglück auf dem Rhein.

X Amsterdam, 27. Mai. Auf dem Rhein bei Arnheim fuhr ein mit sieben Personen besetztes Segelboot gegen die Rette einer Fähre und schlug um. Ein Fahrer und seine beiden Frauen im Alter von sieben und neun Jahren sind ertrunken. Die übrigen Bootsinassen konnten gerettet werden.

Erforschung eines Chinesen in Paris.

(Paris, 28. Mai. Ein junger chinesischer Student, dessen Eltern in Tientsin großen Wohlstand hatten, brachte in einem hiesigen Hotel ein Verbrechen seiner Freundin mit einem Brief an die Polizei. Bei seiner Verhaftung wurde der Chineser auch dem Postier eine Anzahl schwerer Stiche. Ein Arbeiter, ein armer Teufel, mit dem er die Stiche tauschte, um den Verfolgungen der Polizei zu entgehen, verteidigte sich doch trotz des schönen neuen Anzuges den Hülfsling der Polizei.

Ein ungeratener Sohn.

Paris, 28. Mai. Ein Caracassone tötete ein Sohn seinen Vater, der ihn nicht länger unterstützen wollte, durch Schenkflüge.

Razzia auf Raufschmiedhändler in Kairo.

X London, 28. Mai. „Daily News“ meldet aus Kairo: Bei einer von Polizisten und Soldaten veranstalteten Razzia zur Bekämpfung des Raufschmiedhandels wurden 500 Personen verhaftet, und große Mengen von Kisten und Häufchen beschlagnahmt.

Gaserplosion in Texas.

+ Newport, 27. Mai. In Sanford in Texas wurden bei einer Gaserplosion zwei Mann getötet, sieben verletzt und vier vermisst. 20 Millionen Kubikmeter Gas entzündeten sich unter Entwicklung einer Stichflamme von hundert von Metern.

Explosion in einem Bergwerk.

X Newport, 27. Mai. Infolge einer Explosion in einem Bergwerk der Viktor American Brennstoff-Gesellschaft in Dolagua (Colorado) wurden fünf Arbeiter getötet.

Aus d.

Treitet dem Ber...

Vor einigen Monaten...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

Einem gegnerlich w...

